2020/1

attac

attac

Impressum
Attac Österreich Magazin 2020/1
Attac Österreich Jahresbericht 2019

Attac Österreich
Netzwerk zur demokratischen Kontrolle
der Finanzmärkte

Margaretenstraße 166/3/25
A-1050 Wien
Tel: 01/544 00 10
Fax: 01/544 00 10 59
Internet: www.attac.at
E-Mail: infos@attac.at
IBAN: AT552011182424891500

Grafik: Christian Berger, Elisabeth Blum, Walerie Borowski, Wolfgang Homola, Anne Lange, Klara Tolnai
grafikteam@attac.at
Druck: gugler* print, 3390 Melk
Auflage: 4.700 Stück
Für den Inhalt verantwortlich:
Attac Österreich
Fotos (wenn nicht anders angegeben):
Attac Österreich
Inseratenakquisition: Monika Stadler, Wilhelm Zwirner
Redaktion: Barbara Cäcilia Supper-Schmitzberger, David Walch
Gesamtkoordination: Barbara Cäcilia Supper-Schmitzberger (Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Vervielfältigung erwünscht, bei Veröffentlichungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, März 2020

inhaltsverzeichnis

Vorwort des Attac-Vorstands 4

brennpunkte
Für gerechtere, zukunftssichere Pensionen 5
Analyse des türkis-grünen Regierungsprogramms 6
Sonderklagerechte für Konzerne 8
European Green-Washing Deal 10
Care – umsorgen statt zerstören 13
Libra – die Privatisierung des Geldes 14
Attac blockiert Amazon 16
Wieder nix gegen Steuertricks 18

rückblicke
SommerAkademie 2019 20
Gruppen & Aktivismus 22
Aus den Attac-Gruppen 23

ausblick
Attac 2020 27

liebe leserinnen, liebe leser!

Vorwort des Vorstands von Attac Österreich

2019 war ein bewegtes Jahr. Wer hätte gedacht, dass die türkis-blaue Regierung so bald schon wieder Geschichte sein würde. Das zeigt einmal mehr: Verhältnisse können sich rasch und unterwartet ändern. Mit dem Ende von Türkis-Blau ist zumindest der permanente Angriff auf zivilgesellschaftliche Akteur*innen abgeflaut. Die Sorge um eine lebendige Demokratie bleibt; der Demokratiereport, den wir im Herbst im Rahmen des Solidaritätspaktes vorgestellt haben, ist nach wie vor aktuell.

Demokratie braucht eine faire Wirtschaft, und dafür haben wir uns auch 2019 eingesetzt. Wir haben Amazon, den Konzern, der durch seine Marktmacht Händler*innen und Verleger*innen massiv unter Druck setzt, fast keine Steuern zahlt und den regionalen Handel ruiniert, am Black Friday vor dem Amazon-Verteilzentrum in Großebersdorf bei Wien blockiert und auf das unsoziale Geschäftsmodell, die aggressive Wachstumsstrategie und das Steuerdumping hingewiesen.

Im September hat das österreichische Parlament beschlossen, dass die künftige Regierung das EU-Mercosur Abkommen ablehnen muss – ein großer Erfolg unserer jahrelangen Arbeit für eine andere Handelspolitik. Und im Oktober fand die Aktionstour „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne – Stopp ISDS!“ statt. Nach dem Start in Frankfurt führte die Tour über Genf und viele weitere Stationen und endete in Wien. Die Hauptforderung: Sonderklagerechte für Konzerne müssen endlich abgeschafft werden.

Und damit sind wir schon beim neuen Regierungsprogramm: Darin wird an Sonderrechten für Konzerne festgehalten. Ob Menschenrechte, Umweltinteressen und Arbeitsrechte in Handelsabkommen Eingang finden oder eine bloße Absichtserklärung sind, wird die Zukunft zeigen. Wir bleiben dran!

Konzerne bekommen große Geschenke, etwa die Senkung der Körperschaftsteuer. Dadurch werden allein die 5 Prozent gewinnstärksten Konzerne etwa 1,25 Milliarden Euro weniger Steuern beitragen. Dem diametral entgegen steht die Absichtserklärung für den Klimaschutz. Die Regierung will die Herausforderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität annehmen, doch sie scheut davor zurück Konzerne und schmutzige Industrien in die Pflicht zu nehmen.
Die für effektiven Klimaschutz notwendige radikale Umgestaltung in Bereichen wie Energie, Landwirtschaft und Verkehr und eine neue Wirtschaftspolitik werden im Programm jedoch nicht konkret angesprochen.

Wir werden sehen, welche Chancen tatsächlich genutzt werden, und wir werden weiterhin beharrlich die dafür nötigen Veränderungen aufzeigen und einfordern. Denn: Konzernmacht brechen ist Klimaschutz!

Die EU soll 2050 klimaneutral werden. Was steckt hinter dem „Green New Deal“? Beinhaltet das auch eine Änderung der EU-Handelspolitik? Immerhin sind globale Handelsströme für ein Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Oder ist er nur ein grün gefärbtes Wirtschaftsprogramm, das im Grunde weiterhin Wachstum und Finanzkapitalismus voranstellt? Werden Industriezweige wie E-Mobilität und Atomkraft mit grünem Mascherl verkauft?

Wir wünschen eine anregende Lektüre und bedanken uns an dieser Stelle auch herzlich bei allen Aktivist*innen, Mitgliedern, Spender*innen und Kooperationspartner*innen. Wir sehen uns bei 20 Jahre Attac Österreich!

Euer Attac Vorstandsteam

für gerechtere, zukunftssichere pensionen

seit jahren wird in den medien das öffentliche pensionssystem wegen der demografischen entwicklung als nicht mehr finanzierbar dargestellt.

Die private Versicherungswirtschaft versucht mit teuren Werbemaßnahmen die individuelle Vorsorge schönzureden, obwohl die Privatversicherten in den letzten Jahren beträchtliche Verluste hinnehmen mussten. Das bewährte, selbstverwaltete Umlageverfahren wird schlechtgeredet, um Privatisierungen voranzutreiben. Das hat sich auch unter Türkis-Grün bisher nicht geändert.

Dabei wird Österreichs Umlageverfahren im Pensionssystem von vielen Ländern als beispielhaft betrachtet. Für die Sicherung des Umlageverfahrens ist eine hohe Beschäftigungsrate am wichtigsten. Reicht die Beitragsdeckung nicht, garantiert der Staat trotzdem die Zahlung der Pensionen. Diese Vereinbarung wird fälschlicherweise als „Pensionsdefizit“ bezeichnet. Aktuell sind die Pensionen zu knapp 90 Prozent durch die Beiträge der Versicherten gedeckt. Der Zuschuss aus dem Bundesbudget wird nach Prognosen bis 2050 um 0,4 Prozent (von derzeit 6,0 Prozent des BIP auf 6,4 Prozent) steigen. Verbesserungen zur Anpassung an neue Gegebenheiten sind trotzdem notwendig, vor allem auch um Altersarmut zu verhindern.

Attac-Forderungen für ein stabiles, sozial gerechtes Pensionssystem

von Senior*innen Attac

Senior*innenAttac hat in einem neuen Positionspapier zahlreiche Forderungen dazu erarbeitet. Ziel muss es sein, das Pensionssystem nicht nur langfristig stabil, sondern sozial gerecht zu gestalten. Die oft geforderte Erhöhung des regulären Pensionsantrittsalters ist keine Lösung, da sie die Arbeitslosenquote erhöhen würde und schon jetzt mehr als die Hälfte der über 55-Jährigen nicht beschäftigt sind. Die steigende Lebenserwartung kann durch eine einkommensdifferenzierte Ersatzrate ausgeglichen werden, welche die – statistisch belegte – höhere Lebenserwartung von Menschen mit höheren Einkommen berücksichtigt.

Um Altersarmut zu vermeiden, müsste daher die Ausgleichszulage für niedrige Pensionen angehoben werden. Zusätzlich sind gerechtere Einkommen für Frauen, auch für ihre Pensionen, nötig.

Die Einnahmenseite der Pensionsversicherungsanstalt könnte wirksam durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung in Richtung einer 30 Stundenwoche und den Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse verbessert werden, was die Zahl der Pensionsbeiträge entrichtenden Erwerbstätigen erhöht. Die Pensionen der jungen Erwerbstätigen sind nicht gefährdet, wenn ihre Beschäftigungsverhältnisse kollektivvertraglich regulär sind – hierauf ist besonders zu achten.

Zusätzlich sollten die Dienstgeberbeiträge durch Wertschöpfungsabgaben ergänzt werden, um die paradoxe Entwicklung zu beenden, dass der Ersatz von Menschen durch Roboter und Automaten die Beitragssumme senkt, wenn die Produktivitätsgewinne nicht zusätzlich als Lohnerhöhungen weitergegeben werden. Weiters sind eine Harmonisierung der Pensionsversicherungssysteme und die Aufwertung der Anrechnung erwerbsloser Perioden (Bildungskarenz, Pflegezeiten) nötig.

Alle 10 AttacForderungen
für Österreichs Pensionssystem
im Detail finden Sie unter:
www.attac.at/pensionen

seit der gründung misst attac regierungen daran, wie sehr ihre politik dazu dient unser grundlegendes ziel zu verwirklichen: ein gutes leben für alle – heute und zukünftig lebenden – menschen. vor diesem hintergrund haben wir die wirtschaftspolitik der türkis-grünen regierung analysiert. unsere erste bilanz ist überwiegend kritisch.

türkis-grün: zu viel für reiche und konzerne, zu wenig fürs klima

Das Programm beinhaltet keine grundlegenden Änderungen der bisherigen Politik im Interesse von Vermögenden. Das reißt große Löcher ins Budget und bedroht die Finanzierung wichtiger öffentlicher Leistungen. Viele Vorhaben und Absichtserklärungen sind zudem vage formuliert; ihre genaue Bewertung wird erst mit der Umsetzung möglich sein. Im Klimabereich – wo die Pläne zweifellos am ambitioniertesten sind – gibt es große Lücken und vor allem offene Fragen bei der Finanzierung.

Steuer- und Budgetpolitik für die reichsten 10 Prozent

Das Regierungsprogramm sieht Steuersenkungen vor, die vor allem Konzernen und Besserverdienenden zugutekommen. Jene, die am meisten haben, tragen weiterhin zu wenig bei – auch weil große Vermögen und Erbschaften gar nicht und Kapitaleinkommen weniger als bisher besteuert werden.

Klimaschutz: große Lücken und offene Fragen bei der Finanzierung

Türkis-Grün will Österreich bis 2040 klimaneutral machen und legt dazu eine Reihe von Maßnahmen vor, die in die richtige Richtung gehen. Um Emissionen tatsächlich wie nötig zu senken und die Klimakrise solidarisch zu bewältigen, muss die Politik die Bereiche Energie, Landwirtschaft und Verkehr radikal umgestalten. Das bedeutet nicht nur Alternativen zu fördern, sondern auch schädliche Praktiken einzuschränken. Die Regierung scheut jedoch die dafür notwendige Konfrontation mit Konzernen und schmutzigen Industrien. Stattdessen setzt sie auf private Finanzierung und „marktbasierte Lösungen“.

Banken und Finanzmärkte: die Bankenlobby hat das Sagen

Die Bereiche für Banken und Finanzmärkte zeigen eindeutig die Handschrift der Bankenlobbys und gefährden die Finanzmarktstabilität. Dies wird deutlich im Versuch Eigenkapitalregeln oder Regulierungen abzuschwächen oder – besonders besorgniserregend – die Pläne für eine europäische Einlagensicherung zu torpedieren.

Handels- und Investitionspolitik: Kurswechsel bleibt aus

Ein schwaches Nein zu EU-Mercosur und einige Kriterien für zukünftige Handelsabkommen – sonst findet sich wenig Neues zu Handelspolitik im Regierungsprogramm. Handel soll weiter verstärkt, „protektionistische Tendenzen“ aufgehalten werden. In Summe wird der bisherige Kurs in der Handelspolitik im Interesse der Exportwirtschaft beibehalten – mit allen negativen Folgen für Mensch und Umwelt.

Arbeit und soziale Sicherheit: wenige Verbesserungen, keine Vision

Im Bereich Arbeit werden die Verschlechterungen der vorigen Regierung beibehalten – darunter der 12-Stunden-Tag/die 60-Stunden-Woche und die Kontrolle der Unternehmen über die Sozialversicherung. Neue Arbeitszeitmodelle oder die dringend nötige Arbeitszeitverkürzung fehlen. Konkrete arbeitsrechtliche Verbesserungen finden sich kaum, allerdings sollen geringe Löhne unter Mitwirkung der Sozialpartner angehoben werden.

Geschlechtergerechtigkeit: Rückschritte und vage Versprechen

Die große Ungleichheit zwischen Frauen und Männern hat viele Aspekte. Dazu gehören die ungerechte Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen, die unbezahlte Arbeit in Familie und Pflege sowie Gewalt an Frauen. Das Regierungsprogramm zementiert viele dieser Ungerechtigkeiten weiter ein.

Landwirtschaft: Verbesserungen ohne Systemwechsel

Im Bereich Landwirtschaft beschreibt das Programm im Wesentlichen den Status quo und ignoriert den enormen Veränderungsbedarf. An wesentlichen Steuerungsmechanismen wird nicht gerüttelt. Dazu zählt etwa die Verteilung der Förderungen im Gießkannenprinzip, wodurch Großbetriebe in Talgebieten am meisten profitieren. Ein Wachsen und Weichen in der Landwirtschaft mit all seinen negativen Auswirkungen für Mensch, Tier und Umwelt wird dadurch fortgeschrieben.

Staat, Grundrechte und Migration

Eines der groß angekündigten Projekte ist die Transparenzinitiative. Das Ziel ist der „gläserne Staat“. Gleichzeitig gibt es zahlreiche autoritäre Elemente, die auf eine Fortsetzung des Kurses der letzten Jahre schließen lassen, etwa Massenüberwachung durch den verfassungswidrigen Bundestrojaner. Zusammenhänge zwischen Fluchtursachen, der Klimakrise und dem aktuellen Wirtschaftssystem bleiben unangetastet.

„Weiter wie bisher“ ist uns zu wenig

Für uns ist klar: Die Regierung müsste so rasch wie möglich die Weichen für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft stellen. Dafür sind Zukunftsinvestitionen in erneuerbare Energien, thermische Sanierung sowie in öffentlichen Verkehr, Betreuung und Daseinsvorsorge nötig. Für die Finanzierung müssen große Vermögen und Erbschaften ab einer Million sowie Kapital- und Unternehmensgewinne progressiv besteuert werden. Die vorgesehene generelle Senkung der Abgabenquote gefährdet diese dringend notwendigen Investitionen.

Das gegenwärtige globale Handelsregime ist für rund ein Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Nicht nur geplante EU-Handelsabkommen wie der EU-Mercosur-Pakt würden dieses Problem verschärfen. Die Regierung sollte sich für ein Aussetzen aller laufenden Handelsgespräche einsetzen. Dazu zählt auch TTIP 2.0 mit den aus dem Klimaabkommen ausgestiegenen USA. Die Regierung muss sich für neue EU-Leitlinien einsetzen, in denen die Handelspolitik effektiven Klimaschutz sowie hohe Umwelt- und Sozialstandards garantiert und den Welthandel auf ein ökologisch tragfähiges Maß reduziert.

Eine Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen bedarf einer grundlegenden Änderung der Art und Weise wie wir leben, produzieren und konsumieren, wie wir unseren Reichtum verteilen und einer umfassenden Demokratisierung aller Lebensbereiche – auch der Wirtschaft. Dafür engagieren wir uns und versuchen breiten politischen Druck aufzubauen. Denn ein „weiter wie bisher“ ist uns zu wenig und angesichts der sozialen und ökologischen Krisen verantwortungslos.

Langfassung unserer Analyse:
www.attac.at/tuerkis-gruen

sonderklagerechte für konzerne – reitet die EU ein totes pferd?

einer der zentralen kritikpunkte gegen ttip & ceta waren die sonderklagerechte für konzerne, auch isds genannt (investor-staats-schiedssystem). diese paralleljustiz ermöglicht es investor*innen und konzernen, staaten auf schadenersatz in millionenhöhe zu verklagen, wenn sie ihre profite durch gesetzesänderungen eingeschränkt glauben.

Der "Stopp ISDS"-Infobus wurde in Wien von Aktivist*innen mit einem Theaterstück begrüßt

von Iris Frey und Alexandra Strickner

Sonderklagerechte gefährden und verteuern Klimaschutz

Immer öfter klagen auch fossile Energiekonzerne mittels ISDS auf hohe Schadenersatzforderungen, wenn Regierungen dringend notwendige Klimaschutzmaßnahmen treffen. Pläne zum Ausstieg aus fossilen Energien werden aufgrund solcher Klagen massiv abgeschwächt, verteuert oder sogar zurückgezogen. Steuergeld, das für den Ausbau von erneuerbarer Energie, nachhaltiger Mobilität oder ökologischer Landwirtschaft nötig wäre, fließt stattdessen in die Taschen von Konzernen und Rechtsanwaltskanzleien. Jüngstes Beispiel: Der deutsche Energiekonzern Uniper, der Kohlekraftwerke in den Niederlanden betreibt, hat angedroht mittels ISDS die niederländische Regierung in Millionenhöhe zu verklagen. Der Grund: Die Niederlande haben beschlossen bis 2030 aus Kohlestrom auszusteigen.

Als rechtliche Basis für diese Klagen dient unter anderem der sogenannte Energiecharta-Vertrag, den weltweit 50 Länder (darunter auch Österreich) unterzeichnet haben. Gemeinsam mit rund 280 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften fordern wir deshalb in einem offenen Brief den sofortigen Rückzug aus dem Energiecharta-Vertrag. Dieser kaum bekannte Vertrag ist für Konzerne ein mächtiges Instrument zur Blockade der Energiewende. Er dient auch als Basis für die 4,7-Milliarden-Euro-Klage des Energiekonzerns Vattenfall gegen den deutschen Atomausstieg. Auch Österreich hat den Energiecharta-Vertrag unterschrieben und könnte jederzeit geklagt werden.

847.000 Unterschriften gegen ISDS

Der Widerstand gegen die diese Paralleljustiz für Konzerne ist in der Zivilgesellschaft ungebrochen stark. Im Rahmen der internationalen Kampagne „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne – Stopp ISDS“ haben wir 2019 mit der Attac AG Anders Handeln Info-Materialien produziert, Aktionstage organisiert und gemeinsam mit unseren europäischen Partner*innen Unterschriften gesammelt. Anfang Februar 2020 konnten wir stolze 847.000 Unterschriften an Vizekanzler Werner Kogler überreichen. Die Petition fordert das sofortige Aus für ISDS und den Einsatz für das seit 2014 auf UN-Ebene verhandelte verbindliche Abkommen zu Menschenrechten und Wirtschaft.

EU will Sonderklagerechte weltweit einzementieren …

In der der UN-Kommission für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) versucht die EU die Sonderklagerechte für Konzerne weltweit mittels eines „Multilateral Investment Court“ (MIC) einzuzementieren. Dieser soll bestehende private Schiedsgerichte weltweit ersetzen. Abgesehen von verfahrenstechnischen Reformen ändert der EU-Vorschlag aber nichts am grundlegenden Problem – die rechtliche Basis für Konzernklagen bleibt bestehen. Mit dem seriös klingenden Begriff „Gerichtshof“ versucht man die Öffentlichkeit zu täuschen.

Ein Highlight unserer Kampagne war daher der gemeinsame Aktionsbus von Attac Deutschland und Attac Österreich im Herbst 2019. Während in Genf die Verhandlungen zum verbindlichen UN-Vertrag zu Konzernregulierung stattfanden und in Wien bei der UNCITRAL über den MIC verhandelt wurde, brachte der Aktionsbus die Forderung nach Rechten für Menschen und Regeln für Konzerne von Genf über Innsbruck und Salzburg nach Wien. Dort begleiteten die Attac Aktivist*innen die Ankunft des Busses mit einem fulminanten Theaterstück und breitem Informationsangebot.

… und erhält dabei bei anderen Ländern wenig Unterstützung

Länder wie Südafrika, Brasilien, Indonesien oder Indien haben längst erkannt, dass Sonderklagerechte nicht zu mehr ausländischen Investitionen führen, sondern ihre Handlungsspielräume für eine Politik im Interesse ihrer Bürger*innen massiv einschränken. Sie haben bilaterale Investitionsabkommen gekündigt. Selbst die USA gehen mittlerweile diesen Weg – zumindest teilweise. Im Dezember 2019 stimmte der US-Kongress für ein Ende von Sonderklagerechten zwischen den USA und Kanada im nordamerikanischen Handelsabkommen NAFTA. Etwas eingeschränkt, aber weiterhin möglich, sind hingegen Klagen amerikanischer Öl- und Gasunternehmen gegen Gesetze, die Offshore-Bohrungen oder Fracking in Mexiko zu verhindern versuchen.

Insgesamt gibt es von Seiten anderer Staaten kaum Unterstützung für den MIC. Die EU und ihre Mitgliedsländer sollten die Zeichen der Zeit erkennen und sich endlich von der Paralleljustiz für Konzerne verabschieden. Auch die österreichische Regierung ist gefordert, die im Regierungsprogramm festgelegte Unterstützung für den MIC zu überdenken und Alternativen zum gegenwärtigen ISDS-Modell zu erarbeiten.

Mensch und Umwelt vor Profit

Die Interessen von Menschen und der Klima- und Umweltschutz müssen Vorrang haben. Die weltweite Ausbreitung von ISDS in Form des MIC oder weitere Abkommen mit Sonderklagerechten (wie etwa EU-Singapur oder EU-Vietnam) müssen ein für alle Mal ad acta gelegt werden.

Die EU und die österreichische Regierung müssen sich endlich für das seit 2014 auf UN-Ebene verhandelte verbindliche Abkommen zu Menschenrechten und Wirtschaft einsetzen. Dieses würde garantieren, dass Konzerne für ihre Menschenrechtsverletzungen global haftbar gemacht werden können. Multilaterale Regeln und Institutionen, die Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und die Umsetzung von Menschenrechten garantieren und die Macht von global agierenden Konzernen beschneiden, sind heute nötiger denn je.

Übergabe von 847.000 Unterschriften gegen ISDS an Vizekanzler Werner Kogler

european green-washing deal

mehr wettbewerb und mehr markt retten das klima nicht.

von Julia Litofcenko

Mitte Dezember 2019 hat die EU-Kommission erste Details ihres groß angekündigten Green Deals veröffentlicht. Die Überschriften klingen auf den ersten Blick verheißungsvoll. Europa solle zu einem „klimaneutralen Kontinent“ werden, dazu werden saubere Energie, nachhaltige Industrie, ein umweltfreundlicher Bausektor, nachhaltige Mobilität, Biodiversität, „vom Hof auf den Tisch“ und Beseitigung der Umweltverschmutzung genannt. Auch ein Mechanismus für einen sozial gerechten Übergang der Beschäftigten ist vorgesehen.

Doch tatsächlich steckt hinter dem Programm an vielen Stellen eine Ausweitung der Marktlogik.

Schaut man genau hin, dient der Green Deal oftmals den Interessen von Konzernen und nicht dem Klimaschutz oder sozialer Gerechtigkeit. Doch mehr Wettbewerb und mehr Markt werden das Klima kaum retten.

Klimaschutz – nur ein Kostenfaktor?

Durch marktbasierte Ansätze werden Emissionen zu einem Kostenfaktor und damit zum Nachteil für Unternehmen gemacht. Wie die Unternehmen dann Kosten reduzieren, ob sie ihre Emissionen tatsächlich verringern oder sich einfach mehr Verschmutzungsrechte kaufen, bleibt ihnen überlassen.

Es ist zu befürchten, dass kaum jemand die eigenen Emissionen reduziert, sondern alle nur fragwürdige „Ausgleichsprojekte“ bezahlen. Genau das wurde in den letzten Jahren beobachtet, in denen trotz vieler Ankündigungen die Emissionen nicht reduziert werden konnten. Am meisten verschmutzen können in diesem System zudem jene, die am meisten Geld haben. Sparen müssen umgekehrt diejenigen Marktteilnehmer, die am wenigsten Alternativen haben und es sich am wenigsten leisten können (wie etwa die Landbevölkerung, die auf ihr Auto angewiesen ist oder Industrien in ärmeren Ländern).

Emissionshandel führt zu keiner CO_2-Reduktion

Laut Green Deal sollen Märkte für Biodiversität und Emissionen ausgebaut und neu geschaffen werden. Das bekannteste Beispiel für einen solchen Markt ist der Handel mit Emissionszertifikaten. Er existiert seit 2005 und hat bisher zu keiner nennenswerten Reduktion des CO_2-Ausstoßes im Euroraum geführt. Die Preise pro Tonne CO_2 waren bisher deutlich zu niedrig. Auf eine Erhöhung wurde nach der Krise 2008 bewusst verzichtet, um die emissionsstarken Branchen nicht zu schwächen. Das System führt zudem dazu, dass Konzerne, statt ihre Emissionen zu senken, anderswo auf der Welt Wald kaufen oder Investitionen in Entwicklungsländern fördern, die potentiell CO_2 einsparen. So kann sogar die dreckigste Fluglinie damit werben CO_2-neutral zu fliegen und ihre Fluggäste von schlechtem Gewissen freikaufen. Viele der „kompensierenden Maßnahmen“ haben nachweislich keine Wirkung, weshalb in Summe sogar mehr statt weniger Emissionen entstehen.

Trotzdem hält die Kommission an ihrem Markt-Dogma fest. Damit verschleiert sie die unterschiedlichen Interessen von Konzernen, die ihre Profite nicht geschmälert sehen wollen und uns allen, die wir auf diesem Planeten weiterleben wollen.

Freiwillige nachhaltige Finanzen?

Ein weiteres Beispiel für die Marktgläubigkeit der Kommission ist der "Aktionsplan für nachhaltige Finanzierungen", der Indikatoren für „nachhaltige Geldanlagen“ (Environment Social Governance, ESG) vorlegt. Diese Indikatoren sind jedoch nur freiwillig und werden durch das Lobbying von Automobil- und fossiler Energieindustrie verwässert. Auch hier gilt: Ein Markt für grüne Finanzprodukte ist keine Lösung, solange Kriterien freiwillig sind und umweltzerstörende Konzerne einfach mehr Profit versprechen. Bestes Beispiel ist der Börsengang des saudischen Ölkonzerns Aramcos, der über Nacht zum wertvollsten Unternehmen der Welt wurde. Solange ordnungspolitische Maßnahmen fehlen, um umweltschädliche Aktivitäten zu verbieten und bestrafen, wird sich an den Kapitalflüssen nichts ändern – denn gemäß der Marktlogik fließt das Kapital dahin, wo die höchsten Profite locken.

Handelsagenda widerspricht Klimaschutz

Laut Kommission soll nun auch die EU-Handelsagenda dazu beitragen den ökologischen Umbau der EU zu unterstützen. Aktuelle Beispiele stehen dem Klimaschutz jedoch diametral entgegen. Das Mercosur-Abkommen etwa würde zu mehr Abholzung, industrieller Landwirtschaft und Warentransport führen. Es enthält keinerlei Sanktionsmechanismen für umweltschädliches Verhalten. Die Kommission verfolgt mit ihrer Handelsagenda traditionell vor allem ein Ziel: Die Wettbewerbsstellung der EU auszubauen. Zumindest bisher haben Klimaschutz und soziale Kriterien darin nur eine sehr marginale Rolle gespielt.

Vorsorgeprinzip gefährdet

Hochproblematisch ist auch ist die geplante „Förderung chemischer Innovation“, mit der „die Verbesserung der Vorschriften für die Bewertung von Stoffen, die in den Verkehr gebracht werden“ erreicht werden soll. Dahinter verbirgt sich die Aushöhlung des bisher in der EU geltenden Vorsorgeprinzips: Es soll durch das „Innovationsprinzip“ – wie es die Lobby-Verbände der Chemie-, Tabak- und fossilen Energie-Industrie bezeichnen – ersetzt werden. Die Aufhebung des Vorsorgeprinzips bedeutet eine Umkehrung der Beweislast: Nicht mehr die Industrie muss nachweisen, dass ein Produkt keinen Schaden anrichtet, sondern die Gesellschaft muss umgekehrt den Beweis antreten, dass Schäden entstehen. Die Durchführung von wissenschaftlichen Studien, die den Qualitätskriterien entsprechen um in solchen Verfahren zugelassen zu werden, ist aufwändig und teuer – Kosten, die dann von der Gesellschaft, und nicht mehr von den Unternehmen getragen werden müssten. Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes wird hier also versucht, das Vorsorgeprinzip durch die Hintertür auszuhebeln.

„Absolute Entkopplung“ – eine Illusion

Die Klimakrise kann letztlich nicht ohne Interessenskonflikte zwischen sozial ökologischem Umbau und sozial gerechter Verteilung einerseits und den Profit- und Wachstumsinteressen der Wirtschaft andererseits gelöst werden. Genau das will uns die EU-Kommission aber weismachen. Sie geht von „absoluter Entkoppelung“ aus. Das bedeutet, dass der Ressourcenverbrauch sinken kann, obwohl die Wirtschaft wächst. Bisher ist es keinem einzigen Staat der Erde gelungen, so etwas auch nur annähernd zu erreichen. Die Länder, die behaupten steigendes Wachstum bei gleichzeitig sinkenden Emissionen zu verzeichnen (wie etwa Schweden) haben ihre dreckigen Industrien lediglich in andere Staaten ausgelagert, während die konsumierten Ressourcen im Inland weiter steigen.

Wie kann man gesellschaftliche Ziele wie den Klimaschutz erreichen?

Statt rein auf den segensbringenden Markt zu setzen wären echte politische Regulierungen nötig. Die Geschichte zeigt, dass Fortschritte im Umwelt- und Klimaschutz bisher nur errungen wurden, wenn durch Regulierungen und Verbote nachvollziehbare Grenzen gesetzt wurden. (Das Ozonloch ist nicht durch einen Markt für FCKW kleiner geworden, sondern dadurch, dass die internationale Konferenz zum Schutz der Ozonschicht die Anwendung von FCKW verboten hat.)

Die Klimakrise lässt sich zudem nur wirksam bekämpfen, wenn gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse, die die Klimakrise verursacht haben, verändert werden. Die Lösungsansätze sind vielfältig:

• *Aufbau eines ökologischen Energiesystems*
Anstatt weiter fossile Energieträger zu fördern, muss so schnell wie möglich auf ein – weitgehend vergesellschaftetes – Energiesystem mit erneuerbaren Energien gesetzt werden. Im Sinne der Energiedemokratie muss die Energieproduktion dezentral und mit Einbindung der lokalen Bevölkerung entwickelt und ausgebaut werden. Sozial gerecht gestaltete Ökosteuern auf Energie und Rohstoffe beschleunigen den Aufbau und unterstützen auch die – vor allem von den Industrieländern einzufordernde – Reduktion des Energieverbrauches.

• *Solidarisches Agrar- und Lebensmittelsystem*
Das industrialisierte und exportorientierte Agrarsystem muss in Richtung kleinstrukturierter, agrarökologischer und sozial gerechter Landwirtschaft umgebaut werden. So stellt das Konzept der Ernährungssouveränität die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt und weist ihnen das Recht zu, die Art und Weise der Produktion, Verteilung und Konsumption von Lebensmitteln selbst zu bestimmen.

• *Sozial-ökologisches Wirtschafts- und Handelssystem*
Eine möglichst lokale Erzeugung, Verteilung und Konsumption von Produkten eröffnet durch die unmittelbare Betroffenheit Übernahme von Verantwortung und unmittelbares Handeln hin zu höheren sozialen und ökologischen Standards. Ein – soweit notwendig – globaler Handel trägt zur Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschen derart bei, dass jene Güter, die energiesparend, umweltverträglich und unter Einhaltung der Menschenrechte produziert wurden, bevorzugt werden.

• *Globale Solidarität*
Um ihre Klimaschuld zu begleichen, sind die früh industrialisierten Länder und transnationalen Konzerne verpflichtet, Entschädigungszahlungen für Schäden und Verluste an stärker von der Klimakrise betroffene Regionen zu leisten.

viel ist von sozial-ökologischer transformation die rede. meist wird aber eines vergessen: entweder die transformation ist feministisch, oder sie findet nicht statt!

care – umsorgen statt zerstören

von Elisabeth Klatzer

Der Weg in die Zukunft muss zu einer Gesellschaft führen, die das Wohlergehen aller in den Mittelpunkt stellt. Wir müssen weg von der Überarbeitung, Vielfachbelastung und Entfremdung, hin zum Leben und Tätigsein, das allen Menschen Raum gibt, sich um sich selbst, um andere und um die Umwelt zu kümmern. Aber von diesem Ideal bewegen wir uns im derzeitigen, von Profitlogik getriebenen System immer weiter weg.

Die (un-)sichtbare Sorgearbeit in der Gesellschaft

Die Lage der Care-Arbeit ist vielfachprekär. Überwiegend sind es die Frauen, die sich kümmern – unbezahlt daheim oder schlecht bezahlt 24 Stunden verfügbar in fremden Haushalten, fern der eigenen Familie. Wenn Männer sich für ihre Mitmenschen engagieren, dann meist in Katastrophen- und Rettungsdiensten, wo die Anerkennung viel höher ist. Das Buch „Wen kümmert’s?“ gibt einen anschaulichen Überblick über die Situation und Herausforderungen in der unbezahlten und bezahlten Sorgearbeit. Leicht verständlich geschrieben und mit konkreten Lebensbeispielen angereichert zeigt es den Ist-Zustand. Und warum wir ein Leben im 4/4-Takt brauchen.

Die – den Frauen zugewiesene – Sorgearbeit ermöglicht, pflegt und verbessert das Leben aller Menschen, dennoch ist und bleibt sie unsichtbar und wird an den Rand gedrängt. Das äußert sich in Überarbeitung, Stress, schlechter Bezahlung, Vielfachbelastung und einem hohen Anteil von Frauenarmut selbst in reichen Gesellschaften. Wenig Teilhabe und Gestaltungsmacht sowie sexualisierte Gewalt verweisen Frauen systematisch in die unteren Ränge. Das von Männern geschaffene neoliberale Profitmaximierungssystem bedroht unsere Gesundheit, unser Leben, unseren Planeten. Da reicht es nicht aus, das System mit ein wenig Gleichstellung zu behübschen. Wir brauchen eine fundamentale Trendwende: Die Vision eines Lebens im 4/4-Takt zeigt die Richtung, in die wir gehen müssen.

Leben im Vierviertel-Takt

Ein Leben im 4/4-Takt bedeutet, ausgewogen Zeit (im Schnitt täglich vier Stunden) für jeden der folgenden Bereiche zu haben:

- Sorgearbeit für andere und sich selbst,
- Erwerbsarbeit,
- die persönliche Entwicklung und Entfaltung der eigenen Fähigkeiten und
- politisches und gesellschaftliches Engagement.

Alle Menschen sollen das Recht auf diese ausgewogene Zeiteinteilung haben. Es bleibt genug Zeit für Erwerbsarbeit, die radikal verkürzt wird. Gleichzeitig haben alle ein gutes Einkommen und so die Möglichkeit sich im 4/4-Takt leichtfüßiger durchs Leben zu bewegen.

Das ist sowohl eine Utopie als auch einer der Transformationspfade auf dem Weg zur feministischen sozial-ökologischen Transformation. Und somit auch ein Wegweiser für konkrete politische Maßnahmen.

Lesetipps:

- Elisa Tomaselli (Hg.in): Wen kümmert’s? Die (un-)sichtbare Sorgearbeit in der Gesellschaft. ÖGB Verlag 2019.
- Frigga Haug: Die Vier-in-einem-Perspektive als Leitfaden für Politik, 2011, *www.inkrit.de/frigga/documents/DA291_fh.pdf*

im juni 2019 stellte ein konsortium um den social media-konzern facebook seine pläne für eine neue private online-währung vor. wie soll libra tatsächlich funktionieren und welche gefahren bringt so ein zahlungssystem mit sich?

libra – die privatisierung des geldes

von Kai J. Lingnau

Mit Libra versucht ein unternehmerisches, profitorientiertes Konsortium eine global genutzte, private Digitalwährung zu schaffen. Das Konsortium wird von Facebook angeführt und umfasst eine Reihe großer Konzerne vor allem aus den Bereichen Soziale Netzwerke, Versandhandel, Bezahldienste, (Blockchain-)Technologie und Vermögensverwaltung.

Wie soll Libra funktionieren?

Den Nutzer*innen wird versprochen, dass Transaktionen mit Libra unkompliziert, günstig und schnell möglich seien. Durch eine Reserve soll gewährleistet werden, dass Libra einen relativ stabilen Wert gegenüber dem Euro und anderen Währungen hat. Im Gegensatz zu rein spekulativen Kryptowährungen wie etwa Bitcoin ist Libra mit realen Anlagen besichert (die Menge an eingezahlten Euro, Yen usw. wird in Wertpapieren angelegt). Libra ist also weder mit real existierenden Währungen noch mit Kryptowährungen gleichzusetzen, sondern entspricht einem privaten Fonds ohne Rendite für Anleger*innen. Es gibt weder Dividenden noch Zinsen; die Profite behalten die beteiligten Konzerne für sich. Und für die Nutzer*innen besteht kein Anspruch auf einen Umtausch von Libra in andere Währungen.

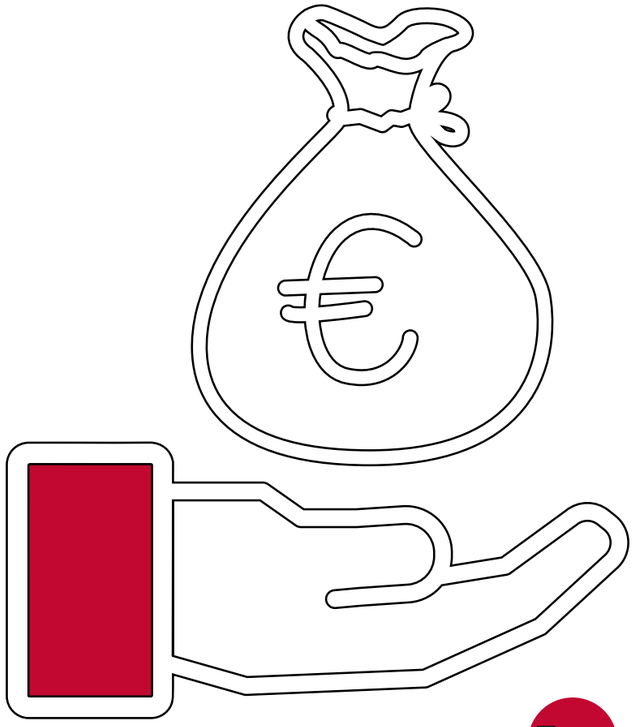
Gefahren und Risiken

Wenn Libra erfolgreich ist, könnte dieser Fonds schnell zu einem der Größten weltweit werden – und damit das Konsortium zu einem der größten Gläubiger mit entsprechender Macht gegenüber Schuldner*innen. Das Vorhaben birgt viele Risiken und Gefahren für Bürger*innen, Staaten und Unternehmen. Nutzer*innen von Libra werden einerseits einem ständigen Wechselkursrisiko ausgesetzt und haben andererseits keine Absicherung dafür, dass sie ihr Geld wiederbekommen. Aufgrund der Größe, die Libra haben könnte, wird auch keine Regierung und keine Zentralbank die Anlagen in einem Krisenfall besichern können.

Transaktions- und Finanzdaten sagen sehr viel über einen Menschen aus. Informationen, wie viel Geld eine Person hat und wie sie es ausgibt, sind pures Gold für Unternehmen, die ihre Geschäfte mit Vermarktung, personalisierter Werbung und dem Verkauf von Produkten und Dienstleistungen machen. Genau aus diesem Bereich kommen viele der an Libra beteiligten Unternehmen. Durch die Verknüpfung von Finanzdaten mit weiteren personenbezogenen Daten, über die vor allem Facebook verfügt, besteht die große Gefahr eine/n gläserne/n Bürger*in zu schaffen.

Hat sich Libra erst einmal etabliert, könnten die Nutzer*innen (egal, ob Einzelperson oder Unternehmen) rasch vom Funktionieren dieser Währung anhängig werden. Zwangsläufig würden sie sämtliche Nutzungsbedingungen akzeptieren müssen – so wie es bei Facebook jetzt schon der Fall ist (Facebook hat zum Beispiel das Recht, alle Inhalte der Nutzer*innen kommerziell zu nutzen und die Nutzungsrechte auch an Dritte weiterzugeben).

Große Bedenken äußern auch Notenbanken und Regierungen. Frankreich und Deutschland etwa zeigen sich skeptisch gegenüber Libra, ebenso die Bank of England oder die Federal Reserve.



Sie fürchten zu Recht die negativen Auswirkungen, die eine Libra-Währung auf die geldpolitischen Handlungsmöglichkeiten der Staaten und die Stabilität des Finanzsystems haben könnte. Die Steuerung der Wirtschaft durch Leitzins und Kreditvergabe wird wesentlich wirkungsloser, wenn es eine nicht regulierte, parallele Währung gibt. Einer Wirtschaftskrise könnte somit weniger entgegengesetzt werden. Zudem könnte Libra negative Auswirkungen auf die Fähigkeit der Staaten haben, effektiv Steuern zu erheben.

Von heute auf morgen könnte ein systemrelevanter Player entstehen, aber wer für die Regulierung und Kontrolle von Libra zuständig sein wird, ist noch völlig offen. Angenommen, Libra etabliert sich erfolgreich als Parallelwährung: Das Problem hoher Inflationsraten (vor allem in Ländern des globalen Südens) könnte noch verstärkt werden, da Libra Kapitalflucht ermöglicht und ein paralleles Bezahlsystem zur Verfügung stellt. Wie Geldwäsche und Terrorfinanzierung unterbunden werden sollen, ist unklar.

Sollte Libra zusammenbrechen, könnte das eine Finanz- und Wirtschaftskrise nach sich ziehen – da die verantwortliche Libra Association aber als Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisiert ist, würde sie im Falle einer Insolvenz nur für einen Bruchteil der Verluste geradestehen und das Konsortium nicht für den Schaden aufkommen.

Durch die Etablierung von Libra würde also eine extrem hohe Machtkonzentration bei den beteiligten Konzernen entstehen. Sie könnten die Konditionen für alle Nutzer*innen diktieren – nicht zuletzt aufgrund der riesigen Menge an sensiblen Daten, über die Libra verfügen würde. Darüber hinaus würde durch die dazugehörenden Fondsanlagen einer der weltweit größten Gläubiger geschaffen, was für politische Einflussnahme genutzt werden könnte.

Unsere Forderungen

• *Libra verbieten*
Wir fordern die Schaffung einer Rechtsgrundlage, die private Geldsysteme von relevanter Größe – also auch Libra – verbietet. Die Kontrolle über ein relevantes Währungssystem darf nicht in den Händen privater, profitorientierter Konzerne liegen.

• *Demokratische Kontrolle und umfassende Regulierung der Finanzmärkte*
Wir fordern ein Trennbankensystem, in dem das risikoreiche Investmentbanking vom Einlagen- und Kreditgeschäft separiert ist. Systemrelevante Banken sollen geschrumpft oder aufgeteilt werden. Und die Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer ist längst überfällig.

• *Demokratisches und faires Weltwährungssystem etablieren*
Die Wechselkurse zwischen verschiedenen Währungen sollen stabilisiert und Handelsungleichgewichte bestraft werden. Die Kontrolle läge bei einer Institution, in der es keine Dominanz der reichen Industriestaaten oder der Wirtschaftselite gibt – etwa die UN.

Die Langversion des Libra-Informationspapiers finden Sie auf unserer Website unter: *attac.at/libra*

black friday für amazon: unter diesem motto hat attac am 29. november 2019 das verteilzentrum von amazon in großebersdorf bei wien sowie an rund 50 orten in frankreich blockiert

attac blockiert amazon: black friday für steuertricks, ausbeutung und klimazerstörung

von David Walch

Mit den Aktionen machten wir auf den hohen Preis aufmerksam, den die Allgemeinheit für die Übermacht des Konzerns bezahlt. Denn Amazon steht für eine Welt der Steuertricks, der Ausbeutung von Mitarbeiter*innen und der Schwächung von Gewerkschaften. Amazon schaltet den Wettbewerb aus und zerstört dabei den lokalen Handel und lokale Arbeitsplätze. Und Amazon steht für eine Welt der Klimazerstörung, des Überkonsums sowie der Überwachung von Beschäftigten und Konsument*innen. Damit ist Amazon ein Paradebeispiel dafür, wie verheerend sich die wachsende Macht großer multinationaler Konzerne auf unsere Gesellschaft auswirkt.

Steuertricks, Steuergeschenke und öffentliche Subventionen

Durch Gewinnverschiebungen in Steuersümpfe gelingt es Amazon die Allgemeinheit um Milliarden zu prellen. In Luxemburg hat Amazon von 2007 bis 2016 – mit Ausnahme des Jahres 2009, für das keine Finanzdaten zur Verfügung standen – insgesamt einen Umsatz von rund 111 Milliarden Euro und einen Gewinn von rund 475 Millionen Euro erwirtschaftet.

In diesem Zeitraum hat Amazon keinen einzigen Cent an Steuern bezahlt, im Gegenteil: Die Firma erhielt 15 Millionen Euro, obwohl sie hochprofitabel war.

In den USA hat Amazon im Jahr 2018 11,2 Milliarden Dollar Gewinn gemacht. Der Konzern nutzte jedoch Steuergutschriften und Steuerbefreiungen und erhielt so einen Steuerfreibetrag in Höhe von 129 Millionen Dollar. Dies entspricht einem Steuersatz von minus einem Prozent.

Amazons Welt: Ausbeutung, Überwachung und Kampf gegen Gewerkschaften

Auch die Aushöhlung von Arbeitsrechten und Löhnen hat bei Amazon System. In zahlreichen Ländern sind exzessive Arbeitszeiten und fehlende Pausen, niedrigere Löhne, Missbrauch von Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge und Entlassungen am Ende der Probezeit dokumentiert. Mitarbeiter*innen werden systematisch zur „Optimierung" ihrer Arbeitsleistung überwacht und berichten häufig von unerfüllbaren Aufträgen.

Im Juni 2019 wurde bekannt, dass im österreichischen Verteilzentrum in Großebersdorf nur 16 der 150 Beschäftigten direkt bei Amazon angestellt waren – alle anderen waren Leiharbeiter*innen.

Diese können sich schwer gewerkschaftlich organisieren und ihre Rechte durchsetzen. Ein Leiharbeiter in Großebersdorf berichtete von menschenunwürdigem Umgang, ständiger Überwachung, erniedrigenden Vorschriften und ständig steigendem Arbeitspensum.

In Amazon-Verteilzentren in den USA ist die Rate an schweren Verletzungen bei Arbeiter*innen doppelt so hoch wie in anderen Lagern in den USA. Ursachen dafür sind der enorme Druck und die rasante Geschwindigkeit, mit der Pakete an die Kund*innen geliefert werden sollen. Gleichzeitig bekämpft der Konzern weltweit den Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen mit allen Mitteln.

Amazons Welt: Zerstörung von Arbeitsplätzen und lokalem Handel

Amazon zerstört durch sein Steuer-, Lohn und Preisdumping den lokalen Handel und lokale Arbeitsplätze. Nach Schätzungen werden in den USA für jeden von Amazon geschaffenen Arbeitsplatz zwei Arbeitsplätze vernichtet. In Frankreich warf der ehemalige Staatssekretär für digitale Angelegenheiten, Mounir Mahjoubi, Amazon erst vor Kurzem vor, netto 7.900 Arbeitsplätze im Land vernichtet zu haben.

Auffallend ist auch, dass Amazon seine Lager in den USA, Deutschland und Frankreich vorwiegend in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigem Lohnniveau errichtet hat. Dadurch kann der Konzern kurzfristig auf ein größeres Reservoir an billigen Arbeitskräften zurückgreifen, um die Verdoppelung des Arbeitskräftebedarfs vor Weihnachten abzudecken.

Amazons Welt: Ausschaltung des Wettbewerbs

58 Prozent des Waren-Umsatzes von Amazon stammt von Marketplace-Händler*innen. Das Monopol Amazons führt dazu, dass es für Kleinhändler*innen kaum möglich ist Amazon als Verkaufsplattform zu umgehen.

Amazon diktiert daher nicht nur die Bedingungen und Kosten für Lieferant*innen, sondern auch für Mitbewerber*innen. Für sie besteht das Risiko, dass ihre Produkte – wenn sie gut laufen – von Amazon quasi kopiert und selbst angeboten werden oder sie direkt von Amazon aufgekauft werden.

Amazons Welt: Klimazerstörung und Konsum um jeden Preis

Transport, Datenspeicherung und Überproduktion – Amazons Geschäftsmodell belastet das Klima in vielfacher Hinsicht. Völlig konträr zu seinen Versprechen baut der Konzern den Luftfrachtverkehr weiter massiv aus, um seine große Mission der 24-Stunden Lieferung an die immer zahlreicheren Prime-Kund*innen umzusetzen.

Der Cloud-Dienst Amazon Web Services (AWS) beherrscht rund die Hälfte des Weltmarktes und ist mit Milliardengewinnen das profitabelste Segment des Konzerns. Nach Schätzungen verursachten die AWS-Datenzentren 2018 weltweit 55,8 Millionen Tonnen an Treibhausgasen. Das entspricht etwa den Emissionen Portugals.

In Großbritannien und Deutschland werden nach Schätzungen rund 30 Prozent an großteils neuwertigen Retouren in Industriepressen zerstört – darunter Kühlschränke, Wasch- und Spülmaschinen, Handys, Tablets, Matratzen und Möbel.

Konzernmacht brechen!

Wir haben sieben Forderungen ausgearbeitet, um die Übermacht von Konzernriesen wie Amazon zu brechen, darunter ein strenges Wettbewerbsrecht, neue Steuerregeln für Konzerne, menschenwürdige Arbeit und sichere, dauerhafte Arbeitsverhältnisse oder Kostenwahrheit beim Transport.

Die Langfassung unseres Reports zu Amazon mit allen Details, Forderungen und Quellen finden Sie unter: *www.attac.at/amazon*

amazoff

Foto: Elisabeth Blum

wieder nix gegen steuertricks von konzernen

die neuen OECD-steuerpläne sind eine vergebene chance

von Martina Neuwirth und Kai J. Lingnau

Die OECD hat sich das Ziel gesetzt im Jahr 2020 eine grundlegende Reform der internationalen Konzern-Steuerregeln voranzubringen. Doch die bisher vorgestellten Pläne sind kurz zusammengefasst eine vergebene Chance. Obwohl die OECD eingestanden hat, dass das aktuelle System gescheitert ist, verkompliziert sie es mit den vorgeschlagenen Regeln. Und jene Teile der Reform, die erste zaghafte Schritte in die richtige Richtung setzen, sind nur auf die digitale Wirtschaft anwendbar.

Warum versagt das internationale Steuersystem aktuell?

Das internationale Steuersystem basiert auf einer untauglichen Fiktion: Verschiedene Tochterfirmen multinationaler Konzerne werden steuerlich so behandelt, als wären sie voneinander unabhängig agierende Unternehmen, die miteinander handeln (Fremdvergleichsgrundsatz). Dies ermöglicht es Konzernen, ihre Gewinne mittels verschiedener Techniken (wie Lizenz- und Zinszahlungen innerhalb des Konzerns) auf Niederlassungen in Steuersümpfen zu verschieben. Dort wo die reale Wertschöpfung passiert, werden durch diese Praktiken kaum Gewinne ausgewiesen – und somit fast keine Steuern bezahlt. Staaten haben zudem nur dann das Recht ein Unternehmen zu besteuern, wenn dieses physisch via „Betriebstätte“ im Land vertreten ist – ein grundlegendes Problem, das bei Internetriesen wie Google, Amazon oder Facebook am offensichtlichsten ist.

Die Lösung: Gesamtkonzernsteuer

Diese Probleme gilt es an der Wurzel zu packen. Die Lösung ist eine Gesamtkonzernsteuer, die mit einem ambitionierten Mindeststeuersatz gekoppelt ist. Dabei würden Konzerne steuerlich als das behandelt, was sie sind – eine Einheit mit einem global erzielten Gewinn. Dieser sollte auf Basis der im jeweiligen Land erzielten Wertschöpfung aufgeteilt und dann entsprechend besteuert werden. Dadurch hätte das Tricksen der Konzerne ein Ende. Denn ein Konzern kann zwar leicht seinen steuerlichen Gewinn verschieben, nicht aber seine Kund*innen und Nutzer*innen, seine Angestellten oder seine Produktion.

Löst die OECD die Probleme?

Nein. Die OECD greift das Konzept der Gesamtkonzernsteuer zwar erstmals im Ansatz auf – jedoch in einer völlig ungenügenden Art und Weise. Sie schlägt sie eine komplexe Zweiteilung des Systems vor: Ein Teil der Gewinne, den Unternehmen über digitale Geschäftsmodelle (z. B. personalisiertes Marketing) erwirtschaften, soll auch ohne physische Präsenz in den Staaten versteuert werden, in denen sich die Konsument*innen befinden. Die genaue Berechnung und Aufteilung dieser Gewinne ist noch unklar, könnte aber ähnliche Schlupflöcher wie das alte System aufweisen. Der restliche Gewinn soll weiterhin nach dem missbrauchsanfälligen Fremdvergleichsgrundsatz berechnet werden. Gewisse Branchen, etwa im Rohstoffbereich, sollen von den Reformen gar nicht betroffen sein. Letztendlich wird so nur kleiner Teil der bisher in Steuersümpfe verschobenen Gewinne besteuert und den Steuertricks von Konzernen kein effektiver Riegel vorgeschoben.

Nach OECD-Berechnungen sollen die Reformen etwa 100 Milliarden USD an zusätzlichen Steuereinnahmen bringen. Dies deckt jedoch nur einen Teil der Verluste ab, die durch Steuervermeidung entstehen. Nutznießer wären vor allem die OECD-Länder selbst.

Entwicklungsländer verlieren doppelt

Die Reformen sehen nur die Aufteilung der digitalen Gewinne anhand des Faktors Konsum vor. Die Produktionsseite (also Beschäftigte und das eingesetzte Kapital) wird nirgends berücksichtigt. Den meisten Entwicklungsländern fehlen aber die großen Verbrauchermärkte, um von den Plänen wirklich profitieren zu können. Die von ihnen geforderte einfache und faire Aufteilung von Besteuerungsrechten wird so nicht erreicht. Zudem erhalten Entwicklungsländer oftmals nicht die nötigen Daten aus anderen Ländern um festzustellen, ob und welche Konzerngewinne sie überhaupt stärker besteuern könnten. Konzerne sollten daher verpflichtet werden, ihre länderweisen Gewinn- und Steuerdaten grundsätzlich zu veröffentlichen. Davon würden sowohl die Steuerverwaltungen ärmerer Länder als auch die interessierte Öffentlichkeit profitieren.

Noch keine Pläne für eine Mindeststeuer

Eine zweite Reformsäule sieht unter anderem eine globale Mindeststeuer vor. Damit will die OECD dem internationalen Wettlauf nach unten begegnen. Unterbesteuerte Gewinne in Ländern mit niedrigem Steuersatz sollen in anderen Staaten bis zur Höhe des Mindeststeuersatzes nachversteuert werden. Doch nützt ein höherer Steuersatz nur wenig, wenn die Gewinne künstlich niedrig gehalten werden – siehe oben.

Frankreich hat vor kurzem einen Satz von 12,5 Prozent vorgeschlagen – wohl aus Rücksicht auf die Niedrigsteuerländer in der EU (wie etwa Irland). Wird der Mindestsatz jedoch derart niedrig angesetzt, würde starker Druck auf viele Länder entstehen, ihren Steuersatz nach unten hin anzupassen – die globale Mindeststeuer könnte eine Höchststeuer werden.

Angesichts der Tatsache, dass sich die Steuersätze für Unternehmen ohnehin in den vergangen 35 Jahren halbiert haben, fordern Ökonomen wie Joseph Stiglitz, Thomas Piketty oder Gabriel Zucman einen Mindestsatz von 25 Prozent. Ein sinnvoller Ausgangswert, der etwa dem jetzigen Durchschnitt der G7 und der OECD-Staaten entspricht.

Internationale Konzerne müssen ihren fairen Beitrag leisten. Denn das Geld, das den Staaten durch Steuertricksereien entgeht, wird dringend gebraucht, um aktuelle Krisen, allen voran die Klimakrise, bewältigen zu können. Der jüngste OECD-Vorschlag liefert dazu keine zufriedenstellende Lösung.

Martina Neuwirth arbeitet zu internationalen Steuerfragen am VIDC (Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation).
Kai J. Lingnau ist Steuerexperte bei Attac Österreich.

wirtschaft transformieren. wir verändern zukunft heute – mach mit!

die achtzehnte attac sommerakademie von 10. bis 14. Juli 2019 in klagenfurt war ein voller erfolg!

von Wilhelm Zwirner

Rund 250 Teilnehmer*innen waren im Slowenischen Gymnasium in Klagenfurt zu Gast und nutzten das vielfältige Angebot an Workshops und Plenarveranstaltungen sowie das kulturelle und musikalische Abendprogramm.

Katharina Rogenhofer (Klimavolksbegehren, Klima-Aktivistin bei Fridays For Future) eröffnete die SommerAkademie mit einem Keynotevortrag und spannte den inhaltlichen Bogen von der Klimakatastrophe bis zu den notwendigen Transformationen des neoliberalen Wirtschaftssystems. Diese grundlegende Diskussion stand im Fokus der gesamten SommerAkademie. Gemeinsam mit progressiven und solidarischen Organisationen der Zivilgesellschaft arbeiteten wir an den notwendigen inhaltlichen und aktionistischen Schritten hin zu dieser Transformation.

Ergänzend zu Strategie-Workshops zum Themenschwerpunkt im neuen Open-Space-Format fanden auch das breite Spektrum von Attac-Themen (gemeinwohlorientierte Finanzmärke, Steuergerechtigkeit, Ernährungssouveränität, Klimagerechtigkeit etc.) und uns wichtige Anliegen wie Geschlechtergerechtigkeit, Menschenrechte, Umweltschutz und Demokratie ihren Platz. Und natürlich war der lautstarke Umzug mit SambAttac durch die Klagenfurter Innenstadt wieder ein Höhepunkt der SommerAkademie; selbst Blitz, Donner und ein gewaltiger Regenguss konnten der guten Stimmung nichts anhaben.

Neben Wissenserwerb und -austausch in Workshops und Plenarveranstaltungen bot sich den Teilnehmer*innen ausreichend Gelegenheit, um Synergien zu bündeln, Motivation zu sammeln und konkrete Folgeprojekte zu beginnen. Und natürlich gab es auch genug Zeit zum Feiern, Spielen und Entspannen.

„Toll organisiert! Super Mischung inhaltlich und methodisch.“

„Herzlichen Dank, ein Hoch für das gesamte Team.“

„Ich werde jetzt Mitglied! Tolle Veranstaltung, werde sie weiterempfehlen!“

„Hier bekomme ich Anregungen, wie ich mich gesellschaftspolitisch einbringen kann.“

„Gäbe es keine SoAk, wäre die Arbeit für Attac viel schwieriger und einsamer.“

„Together we can transform our society for the better!“

„Hat mich begeistert, vielen Dank!“

„Ich fahre bereichert und zufrieden nach Hause.“

aktivismus & gruppen bei attac

von Conni Barger

Ursprünglich stand hier als erster Satz: *Die ehrenamtlichen Gruppen und Aktivist*innen sind seit 20 Jahren das Herz von Attac*. Doch dann fiel mir auf, dass die Gruppen und Aktiven nicht nur das Herzstück sind: Sie sind auch das Hirn, die Hände und Füße von Attac – und das Rückgrat ebenso. Die über 30 Regionalgruppen, Inhaltsgruppen und Querschnittsgruppen sowie die vielen Aktivist*innen, die sich im Vorstand und in internen Arbeitsgruppen engagieren: All diese Menschen *sind* gemeinsam Attac.

Um diese Arbeit zu würdigen und zu unterstützen, gibt es im Attac Büro seit April 2019 die neue Stelle „Gruppen und Aktivismus“ mit 25 Wochenstunden, die ich bekleiden darf. Neben der Unterstützung bestehender Gruppen ist das Ziel meiner Arbeit auch, neuen Interessierten den Weg hinein in unsere Bewegung zu erleichtern, Gruppengründungen zu fördern und auch junge Menschen für politisches Engagement zu begeistern.

„ZAP ZAP ZAP statt Zack Zack Zack“!

Eine der Neuerungen, die so möglich wurden, ist das „ZAP“ – das zivilgesellschaftliche Attac-Praxissemester, das im Oktober 2019 startete. Im ersten ZAP setzten sich elf Studierende ein Semester lang intensiv mit aktuellen Fragestellungen und Visionen zum sozialen und ökologischen Wandel auseinander. Neben wöchentlichen inhaltlichen Inputs von Attac-Expert*innen wurden die ZAP-Teilnehmenden in Kleinteams in einem selbstgewählten Projekt aktiv. Dafür bekamen sie konkrete Unterstützung vom Büro, um einen guten Einstieg ins politische Engagement zu finden. Ein Kleinteam organisierte beispielsweise eine Plakat-Aktion auf der Mariahilfer Straße anlässlich des Black Friday, um auf die Probleme von Fast Fashion hinzuweisen. Ein anderes Team von ZAP-Teilnehmenden organisierte eine Filmvorführung mit Plenumsdiskussion zum Finanzmarkt im vollbesetzten Wiener Burgkino. Das erste ZAP war ein voller Erfolg und wird im Sommersemester 2020 für neue Teilnehmende erneut angeboten.

AttaCampus – Attac von und für Studierende

In Großbritannien und Deutschland bestehen schon seit längerer Zeit Attac-Jugendgruppen – seit Herbst 2019 gibt es nun auch in Österreich eine eigene Attac-Gruppe von und für Studierende: AttaCampus. Die Gruppe wurde durch das Büro initiiert, ist inzwischen aber selbstständig organisiert und hat von Beginn an politische Aktionen geplant und umgesetzt. Als nächster Themenschwerpunkt steht Ernährung auf dem Plan der engagierten Studierenden.

Interne Steuerungsgruppe Bildung

Die Sommerakademie im Juli 2019 bot im Rahmen des „Open Space“ Raum für Gedanken und Austausch zu Ideen, die einen sozialökologischen Wandel fördern können. Eine Initiative, die daraus entstand, ist die Attac-Steuerungsgruppe zu Bildung. Nach einer Sammlung des bereits vorhandenen Workshop- und Vortragsangebots plant die Gruppe 2020 den gezielten Aufbau von Schulworkshops und Referent*innenschulungen.

© Willi Zwirner

Open Space auf der SoAk 2019, moderiert von Conni Barger

konzernklagen verhindern klimaschutz!

von Attac Graz

Am 24. September 2019 veranstalten wir im Rahmen der Week For Future eine Standkundgebung am Grazer Hauptplatz zum Thema: „Konzernklagen verhindern Klimaschutz“.

In internationalen Handelsverträgen schaffen es globale Konzerne rechtliche Vorteile für sich zu verankern. Durch die Schaffung von Schiedsgerichten (englisch ISDS – Investor-state dispute settlement) können Konzerne die Gerichtsbarkeit auch von hochentwickelten Industriestaaten umgehen. In diesen ISDS Verfahren gehen Investor*innen gegen neue Gesetze (z. B. für den Klimaschutz) vor und können so versuchen, Menschen- und Arbeitsrechte sowie Umwelt- und Sozialstandards auszuhebeln. Damit erzielen sie Schadensersatzzahlungen von enormen Ausmaß – auf Kosten der Allgemeinheit. Außerdem drohen sie mit solchen geheimen Schiedsgerichtsverfahren (ISDS) den Gesetzgeber*innen und machen Druck gegen den Klimaschutz. Damit erreichen die innovationslosen, aber mächtigen Konzerne, dass ihr altes Profitmodell auf Kosten von Mensch und Umwelt weiterläuft, während die Welt immer tiefer in die Klimakatastrophe schlittert.

Wir stellen die Machfrage und fordern: „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne – Stopp ISDS!“

Mit diesen Forderungen und Informationen zum Thema „Klimakiller ISDS“ gingen wir auf die Straße, um zu protestieren und zu informieren. Es gab einiges an positivem Feedback von Passant*innen. Wir hoffen, dass bald mehr Menschen die Machtfrage stellen, denn: Klimaschutz heißt Konzernmacht brechen!

© Attac Graz

Attac Graz informiert über ISDS

was es für mich bedeutet bei attac engagiert zu sein …

von Friederike Zauner

Die Attac Regionalgruppe Wiener Neustadt ist für mich ein Stück Heimat. Immer wieder aufs Neue fasziniert mich, was wir alles zustande bringen, obwohl wir eine recht kleine Gruppe sind.

Jedes einzelne Mitglied (vor allem jene, die schon lange dabei sind) hat im Laufe der Zeit sehr viel dazugelernt. Das zeigt sich besonders, wenn wir zusammen eine Veranstaltung auf die Beine stellen – das funktioniert immer super.

Wenn wir auch nicht bei allen Kampagnen von Attac Österreich mitmachen können, weil uns dafür die Ressourcen fehlen, so ist es für uns doch sehr wichtig, dass wir uns alle als Teil der Gesamtorganisation verstehen und wir die aktuellen Attac-Schwerpunkte intern aufgreifen und gemeinsam diskutieren oder Material bei Infoständen verteilen und so unsere Themen unter die Leute bringen.

Zur Zeit beschäftigen wir uns gemeinsam mit anderen Organisationen mit dem brennenden Thema Klimaschutz. Wir wollen dabei als Attac-Gruppe den wichtigen Aspekt des klimagerechten regionalen Wirtschaftens einbringen, denn die Wirtschaftspolitik hat letztlich Auswirkungen auf sämtliche Bereiche der Gesellschaft.

Wir haben auch eine Informationsveranstaltung zum Thema 5G-Netzausbau mit zwei Experten organisiert; nicht zuletzt, weil wir auch selber mehr darüber wissen und uns weiterbilden wollten.

Über neue interessierte Menschen, die mit uns gemeinsam in der Regionalgruppe Wiener Neustadt an einem guten Leben für alle arbeiten wollen, freuen wir uns natürlich sehr!

attac Wiener Neustadt

neu gegründet und gleich voll durchgestartet!

von Jacqueline Jerney

24

Schon bei unserem Gründungstreffen im Jänner 2019 war klar, dass es in Kärnten Bedarf für eine Attac Regionalgruppe und viele zivilgesellschaftlich interessierte und aktive Menschen gibt. Die Palette an Themen, für die wir uns interessierten, reichte vom Klimawandel über Privatisierung von Seegrundstücken bis hin zu Menschenrechten. Auch die Veranstaltung der SommerAkademie war von Beginn an auf unserer Liste, allerdings fühlten wir uns dieser Aufgabe zu Beginn noch keineswegs gewachsen. Doch auch keine der übrigen Regionalgruppen meldete sich auf die dringenden Anfragen des Attac-Büros nach einem geeigneten Austragungsort. Und so beschlossen wir die große Herausforderung anzunehmen. Angeleitet vom Büroteam in Wien ging die Planung los, und so manches Mitglied unserer Regionalgruppe legte sich heldenhaft ins Zeug um große organisatorische Hürden zu bewältigen. Von der Organisation des Veranstaltungsortes über die Verpflegung bis hin zur Bewerbung der SoAk und Anmeldung der Demonstration waren viele engagierte Helfer*innen nötig. Die SoAk war schließlich ein großer Erfolg und hat viel Spaß gemacht, auch wenn nicht alles ganz perfekt war. Das restliche Jahr lang blieben wir auch nicht untätig, sondern versuchten unseren Gruppenalltag zu meistern, wir unterstützten die Demo am Tag der Menschenrechte in Klagenfurt und die Sammlung von Hilfsgütern für das Flüchtlingslager Bihać in Bosnien.

© Konrad Bauer

Bewerbung der SoAk bei einer Regatta am Wörthersee

europäische bürger*innen-initiative zum BGE – es geht los!

von Attac Grundeinkommen

Wir waren im Herbst 2019 ganz stark in das Europäische Citizens' Initiative (ECI) Kick-off Meeting zur Europäischen Bürger*innen-Initiative „START Unconditional Basic Income" in Wien involviert. Bei diesem Treffen wurde der Antragstext zur ECI für die Registrierung im Jänner 2020 vorbereitet und als Starttermin der Unterschriftensammlung der 9. Mai 2020 vereinbart.

Um Wien als Austragungsort internationaler Tagungen Rechnung zu tragen, wurde – ganz dem Klischee des gemütlichen Wien entsprechend – als „Social Event" ein Heurigen-Besuch in Grinzing organisiert, der nach getaner Arbeit von den Teilnehmer*innen des Meetings auch mit viel Begeisterung aufgenommen wurde. Alle waren mit dem Plan, unsere nächste europäische Konferenz im Frühling 2020 wieder in Wien abzuhalten, sehr einverstanden. Mit den Vorbereitungen für dieses Treffen im März 2020 hat die Attac Inhaltsgruppe Grundeinkommen bereits 2019 begonnen.

Für uns ist auch ganz wichtig, dass es parallel zur ECI „START Unconditional Basic Income" im Jänner 2020 zur Registrierung eines gemeinsamen professionell vorbereiteten Volksbegehrens zum Bedingungslosen Grundeinkommen kam, an dem alle rund 10 unterschiedlichen BGE-Gruppierungen (mit einem gemeinsam abgestimmten Text, bei dem übrigens ein Einwand von der letzten Attac-Aktivist*innenversammlung im November 2019 berücksichtigt wurde) beteiligt sind. Die Einreichung für die Eintragungswoche erfolgt dann im Herbst 2021, so dass wir ca. zwei Jahre Zeit zum Sammeln von Unterstützungserklärungen haben werden.

Grundeinkommen
%attac

was für ein tag!

von SambAttac

Seit unglaublichen 16 Jahren bringt SambAttac die politischen Verhältnisse schon mit brasilianischen Rhythmen zum Tanzen. Auch 2019 gab es wieder viele großartige Auftritte, Paraden, Demonstrationen und Feste, doch ein Tag war von ganz besonderer Dramatik geprägt: der 18. Mai 2019. Der Tag begann für uns mit der Klimaschutz Demo in Wr. Neustadt, mit einem gar nicht so kleinen und sehr feinen Umzug. Doch kaum waren die letzten Sambaklänge bei der Abschlusskundgebung verhallt und die Tanzbeine zur Ruhe gekommen, ereilt uns die Nachricht: Strache tritt zurück! Und: ab sofort spontane Kundgebung am Ballhausplatz, um auch den Rücktritt der restlichen Regierung zu fordern. Uns alle ergreift ein erhebendes Gefühl: Es tut sich was! Jetzt kommt es auf den Druck der Zivilgesellschaft an, und da sollten wir auf jeden Fall dabei sein!

Aber ist die Demo überhaupt angemeldet? Oder bringen wir uns und vor allem unsere Instrumente in Gefahr? Wir entscheiden das Risiko in Kauf zu nehmen – im schlimmsten Fall werden die Trommeln beschlagnahmt, und dann holen wir einfach unser zweites Set aus dem Proberaum! Als wir am Ballhausplatz ankommen haben sich dort schon tausende Menschen versammelt, die Stimmung ist elektrisierend. Wir quetschen uns durch die Massen, beginnen zu spielen und die Menge groovt sofort mit. Und siehe da, am Abend kündigt Kurz Neuwahlen an – ein voller Erfolg!

Wärst du das nächste Mal auch gern dabei? SambAttac probt jeden Dienstag ab 18:30 Uhr im Markhof in Wien. Neueinsteiger*innen sind jederzeit herzlich willkommen!

Alle Infos: *www.attac.at/sambattac*

© SambAttac

über die grafikgruppe und warum das design bei attac so ist wie es ist

von Elisabeth Blum

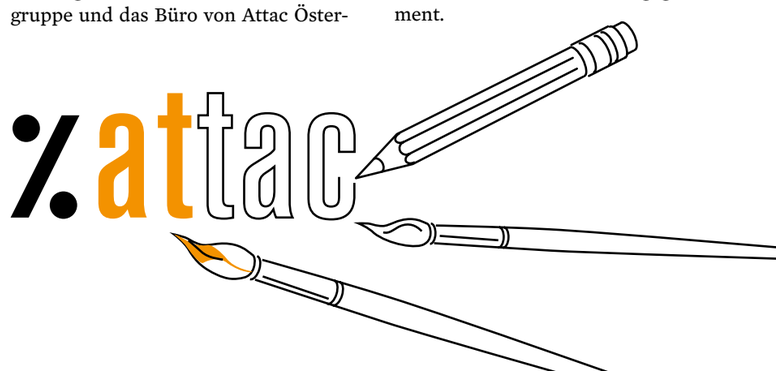
25

Mit moderner Schrift und in schwarz/orange gehalten, ziert das Logo von Attac Österreich die neue Website und diverse Printmedien. Ging es beim Erschaffen dieses Stils rein um Ästhetik? Nein, Kostenersparnis im Druck durch 2-Farbigkeit stand hier im Vordergrund, Abhebung von anderen NGOs und ähnlichen Vereinen, sowie die leichte Reproduktionsfähigkeit, z. B. auf Bannern – auch von Nicht-Grafiker*innen. All dies sind pragmatische und kostenschonende Entscheidungen einer Organisation, die sich rein durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert.
Das %-Zeichen im Logo stand von Anfang an als Hinweis auf die Gründungsforderung von Attac, die Finanztransaktionssteuer (vormals „Tobin Steuer") und ist nach wie vor auch in diversen Attac-Logos anderer Länder zu finden.

Julia Löw, (Mit-) Gründerin der Attac-Grafikgruppe, hat das grafische Zepter im letzten Herbst nach 18 Jahren offiziell übergeben. Doch ihr Design-Erbe ist glücklicherweise erhalten geblieben. Die aktuelle Grafikgruppe und das Büro von Attac Österreich möchten sich hiermit ganz herzlich für ihr tolles Engagement bedanken!

Inzwischen gestaltet die hauptsächlich in Wien ansässige Grafikgruppe die beiden Halbjahresmagazine sowie den Jahresbericht, die Positionspapiere, die Website und vieles mehr. Das designtechnische Grundgerüst steht – doch wer sich grafisch einbringen möchte, ist herzlich willkommen!

Schreibt einfach ein kurzes Mail an: *grafikteam@attac.at*
Wir freuen uns über euer Engagement.



wir engagieren uns mit hirn und herz!

von Senior*innen Attac

Im Jahr 2019 standen unsere Straßenaktionen für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) und gegen das unfaire Finanzsystem im Mittelpunkt unserer Arbeit. Eine parlamentarische Bürger*inneninitiative für die FTS wurde eingebracht, die noch jede/r unterschreiben kann. Wir betreiben auch eine Vermögensuhr, die die Vermögensverteilung den Staatsschulden gegenüberstellt. Ausführliche Informationen dazu gibt es auf unserer Website:
www.attac.at/seniorinnenAttac

Ein inhaltlicher Höhepunkt war die gemeinsame Ausarbeitung des neuen Attac-Positionspapiers „Für gerechtere, zukunftssichere Pensionen“ samt detailreichem Anhang. Darin machen wir konkrete Vorschläge für die Stabilisierung, um auch den ständigen Angriffen auf unser staatliches Pensionssystem etwas Fundiertes entgegenhalten zu können (siehe Seite 5).

Bei unseren Aktionen gab es etliche Highlights: die zahlreichen Straßenstände für die FTS und für Steuergerechtigkeit, Teilnahme an Demos gegen den 12-Stunden-Tag, gegen Rechtsruck und Rassismus, für die Achtung der Menschenrechte und selbstverständlich auch an den Donnerstag-Demos gegen die türkis-blaue Regierung. Außerdem waren wir regelmäßig beim „Music4HumanRights“-Singen vor dem Innenministerium, und wir unterstützten tatkräftig die Aktionen des Friedensbündnisses AbFaNG und der FridaysForFuture.

Bei unseren Diskussionen und Aktionen achten wir auf gegenseitigen Respekt, Gendergerechtigkeit und lernen so Demokratie in der Praxis. Dabei kommt die Freude am gemeinsamen Tun nie zu kurz – demokratischer Aktionismus macht auch Spaß und belebt unsere ergrauenden Zellen.

wo ka geld, då ka musi: budgetpolitik als zentrales feministisches kampffeld

© Erwin_Schmitzberger

von Elisabeth Klatzer

FeministAttac hat ein Netzwerk von Fraueninitiativen zu Budget- und Wirtschaftspolitik mit aufgebaut – die Femme Fiscale! Innovativ und kreativ zeigt sie, was Geschlechtergerechtigkeit braucht: ausreichend Geld und geschlechtergerechte Budgets.

Die Regierung rührt zwar permanent die Werbetrommel für angebliche „Steuerentlastungen“, aber die bedeuten vor allem eines: mehr Ungerechtigkeit. Die Einkommenselite und die Konzerne bekommen ein schönes Körberlgeld, das sie gar nicht brauchen. Die meisten Frauen hingegen kriegen von den Steuersenkungen wenig, haben weiterhin die ganze schlecht bezahlte und unbezahlte Arbeit und zu wenig öffentliche Angebote – Beispiel Kinderbetreuung: Das vor fast 2 Jahrzehnten (!) festgelegte Ziel, für ein Drittel der Kinder unter 3 Jahren Plätze zu schaffen, ist noch immer nicht erreicht.

Viele türkis-blaue Ungerechtigkeiten gegen Frauen und Kinder werden von der neuen Regierung nicht abgeschafft – Beispiel Familienbonus: Der sollte eigentlich „gut-verdienende-Männer-Bonus“ heißen, denn viele Kinder und Frauen haben wenig oder gar nichts davon, während Männer mehr als drei Viertel der Steuergeschenke einsackeln. Und die Senkung der Steuern für Konzerne und Anleger*innen kommt auch nur den HERRschaften zugute.

Aber: Die Femme Fiscale ist zur Stelle und kämpft mit Witz und Verve für Geschlechtergerechtigkeit. Was es mit ihrem Kampfruf „Wir lieben Steuern!“ auf sich hat, erzählen wir bei der Femme Fiscale-Budgetrede.

attac 2020 – neue möglichkeiten ausschöpfen

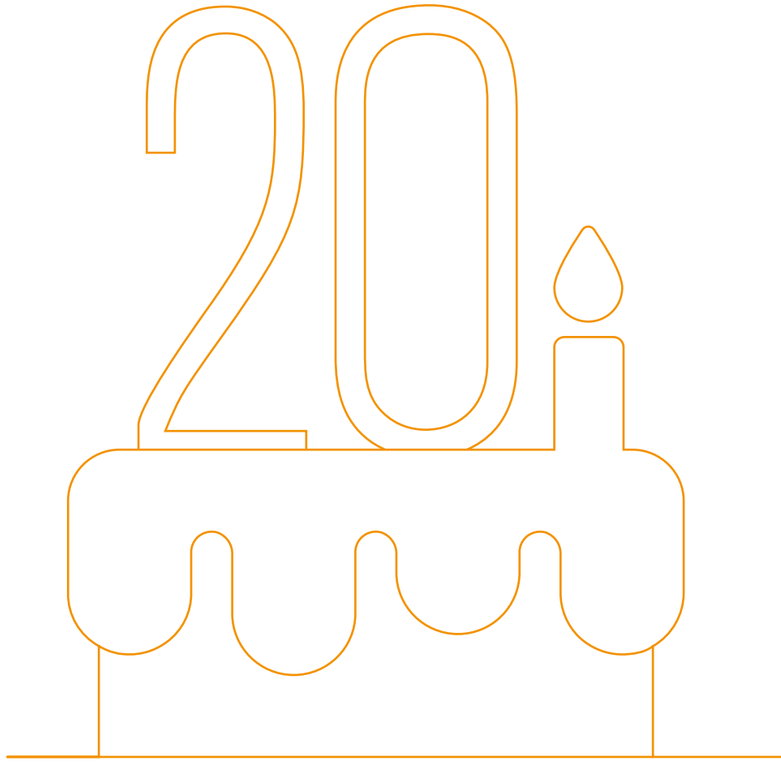
Vorstand von Attac Österreich

Österreich hat eine neue Regierung, und wir kritisieren viele Punkte des Regierungsprogramms, weil sie eine neoliberale Handschrift tragen. Vieles in diesem Programm ist vage und wird noch ausverhandelt werden müssen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, Druck und Unterstützung für die Durchsetzung sinnvoller Klimaschutzmaßnahmen zu organisieren und soziale Gerechtigkeit einzufordern. Die geplanten Steuersenkungen bedienen größtenteils die Interessen von Vermögenden und Konzernen – diese und andere Schieflagen wird Attac auch weiterhin vor Augen führen.

Auch 2020 wird Klimaschutz eines der bestimmenden Themen für uns alle bleiben. Nicht zuletzt die Fridays for Future-Bewegung hat viele Menschen wachgerüttelt und öffentliches Bewusstsein sowie mediale Aufmerksamkeit für den Klimaschutz geschaffen. Das eröffnet neue Räume für den Diskurs. Attac wird weiterhin die Stimme erheben und aufzeigen, dass wirksamer Klimaschutz nur mit einer anderen Wirtschafts-, Handels- und Landwirtschaftspolitik möglich ist. Ein „weiter wie bisher“ darf es nicht länger geben. Wir werden der Regierung also auch in Zukunft genau auf die Finger schauen und uns mit konstruktiver Kritik an der wirtschaftspolitischen Debatte beteiligen.

Auf internationaler Ebene setzen wir nach dem Ende von „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne – Stopp ISDS!“ unsere Arbeit für ein Ende der Paralleljustiz für Konzerne mit der Kampagne zum Ausstieg aus der Energiecharta fort.

Bei all der Arbeit vergessen wir aber auch nicht zu feiern! Attac wird heuer 20, und das muss entsprechend gewürdigt werden! Ein solches Jubiläum ist auch ein guter Zeitpunkt für eine Rückschau: Was ist uns gelungen, welche Herausforderungen liegen vor uns und wie können wir uns weiterentwickeln. Wir arbeiten an Neuerungen und bewahren Positives. Unseren 20. Geburtstag werden wir gebührend feiern und hoffen, dass viele von euch dabei sind. Lasst euch überraschen!



terminvorschau

Aktivist*innen- und Generalversammlung:
25. und 26. April 2020 in Linz

Degrowth Vienna 2020 – Strategies for Social-Ecological Transformation:
29. Mai bis 1. Juni 2020 in Wien

System Change not Climate Change-Klimacamp:
5. bis 14. Juni 2020 nahe Wien

Alle Infos und viele weitere Termine unter:
attac.at/termine

Tausende ArbeitnehmerInnen entschieden sich in den letzten Jahren für eine Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften. Aktuell zählen wir mehr als 1,2 Millionen Mitglieder. Mit dieser Kraft kämpfen wir für ein gutes Leben für alle!
Dafür sind wir da. www.oegb.at

DAFÜR ÖGB

SONNENTOR®

NACHHALTIG VOM FELD BIS IN DIE TONNE

Unsere biologischen Tees und Gewürze hinterlassen einen bleibenden Eindruck. Ihre Verpackung aber nicht. Wir setzen schon seit 2008 auf nachwachsende Rohstoffe und suchen laufend nach Möglichkeiten, Material zu reduzieren. Unsere neueste Enthüllung: Dank verbessertem Aromaschutz unserer Teebeutel, verzichten wir bei den Schachteln auf die Hülle aus Holzfolie.

www.sonnentor.com/verpackung

#EsGehtAuchAnders

HIER FINDEST DU MEHR INFOS!

WIR LEBEN GEWERKSCHAFT vida

Beitreten. Anpacken. Mitgestalten.
ES IST ZEIT FÜR DICH.

vida.at/mitgliedwerden
gewerkschaftvida

Die Lücken in der weltweiten Energi ve so gung können sogar Sie füllen.

Es kommt auf jeden von uns an: die, mit Hilfe der Sonne, von Pflanzen und Tieren erzeugten nachwachsenden Rohstoffe, schenken uns leistungsstarke, erneuerbare Energie. So ist und bleibt die Natur eine unerschöpfliche Energiequelle für uns alle. Füllen auch Sie Ihre Energielücken und sprechen Sie mit uns über Erneuerbare Energie - das Natürlichste der Welt.

BÜRO FÜR ERNEUERBARE ENERGIE
ING. LEO RIEBENBAUER

www.riebenbauer.at . office@riebenbauer.at . T 03339 25 113

IDEEN MIT VERANTWORTUNG

grafikteam@attac.at

Grafikteam
attac

FAIR MACHT FRAUEN STARK
#SheEmpowersHer
#PlanetFairTrade

Mach mit!

WELTLADEN TAG **2020**
www.weltladen.at

frauen* solidarität

feministisch-entwicklungspolitische informations- und bildungsarbeit

Bibliothek und Dokumentation

Zeitschrift und Radio

Frauenrechte und Medien

Bleiben Sie informiert mit einem Abo!
Jahresabo: € 20,– in Österreich,
€ 25,– im Ausland. Bestellungen an:
abo@frauensolidaritaet.org
www.frauensolidaritaet.org

mosaik
politik neu zusammensetzen

Mit deiner Unterstützung können wir jene Stimmen hörbar machen, die so oft fehlen.

spenden.mosaik-blog.at

#2AUGUSTINkaufen1verschenken

JOBS MIT SINN. SEIT 2012.

Hervorragende Jobplattform für Berufe mit Sinn. Tolles Team und man bekommt wirklich relevante Bewerbungen. Der Preis ist mehr als fair.

Einfach, schnell und zuverlässig! Umso erfreulicher ist es, dass der seriöse Auftritt und die unkomplizierte Abwicklung von NGOJobs.eu einen weiteren Beitrag zur Professionalisierung des gesamten NGO- / NPO-Bereichs leistet. Willkommen in der Zukunft!

Wir sind eine junge NGO. Über NGOJobs haben wir die meisten unserer ehrenamtlichen MitarbeiterInnen gefunden. NGOjobs ist eine tolle Einrichtung.

ngojobs.eu

ZINSENLOSE DARLEHEN FÜR ENTWICKLUNGS-ZUSAMMENARBEIT

Unterstützen Sie mit Ihrem zinsenlosen Darlehen Jugend Eine Welt dabei, Bildung zu ermöglichen. Stärken wir gemeinsam den fairen Handel, erneuerbare Energien sowie die Katastrophenhilfe in Ländern des Globalen Südens.

JUGEND EINE WELT

www.jugendeinewelt.at/fairesgeld
darlehen@jugendeinewelt.at

Bessere Welt
Der faire Buchshop

besserewelt.at

Literatur und Medien

zu Globalisierung, Verteilungsgerechtigkeit, Ökologie und Ökonomie

besserewelt.at

Gratisversand in Österreich

NUTZEN SIE DIE ATTAC-KANÄLE!

attac.at/telegram
twitter.com/attacAustria
youtube.com/c/AttacAustria
attac.at/newsletter
flickr.com/photos/attac-austria/albums
instagram.com/attacaustria
facebook.com/attac.at
attac.at/radioattac

attac

EINKAUFSZETTEL
Menschenrechte
Umweltschutz
Gewerkschaft
Tierschutz
Gesetze
Gleichberechtigung
Inklusion
Bildung
DIE KLIMA-KATASTROPHE
KANN ÜBERWUNDEN